

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: 200 Mark
Jahrespreis: 2000 Mark
Einzelhefte: 10 Mark
Abbestellung: 10 Tage vor
Anmeldung: 10 Tage vor
Anmeldung: 10 Tage vor

Verlagspreis: 200 Mark
Jahrespreis: 2000 Mark
Einzelhefte: 10 Mark
Abbestellung: 10 Tage vor
Anmeldung: 10 Tage vor
Anmeldung: 10 Tage vor

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Ami Leipzig Nr. 1000

Nr. 237

Dienstag, den 10. Oktober 1922

17. Jahrgang

Sozialpolitischer Rückblick.

Das Reichsarbeitsministerium bereitet Maßnahmen vor, um sie im Falle einer umfangreichen Arbeitslosigkeit, deren Eintritt im kommenden Winter befürchtet wird, rechtzeitig zu ihrer Bekämpfung in Kraft treten zu lassen. Es dürfte sich in erster Linie um produktive Arbeitsloshilfe handeln, also einer Durchführung von Arbeiten, die in der Zeit der guten Beschäftigung in allen Zweigen immer wieder verschoben worden sind. Daß ein solcher Umschwung in diesem Winter kommt, dafür glaubt das Reichsarbeitsministerium bestimmte Anzeichen feststellen zu können. Vor allem im Bekleidungs- und Textilgewerbe und auf einigen anderen Gebieten haben bereits Betriebsbeschränkungen stattgefunden. Im allgemeinen freilich ist die Lage des Arbeitsmarktes heute noch überaus günstig. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist die niedrigste seit Kriegsende: sie beträgt in ganz Deutschland nicht einmal 13 000. Aber ein Nachlassen der inländischen Kaufkraft infolge der ungeheuren Teuerung ist zweifellos zu spüren. Im September ist die Reichsindizes für die Gesamtkosten der Lebenshaltung um nicht weniger als 71,5 Prozent gegenüber dem Vormonat emporgeschritten, die für Bekleidung sogar um 106,8 Prozent. Zu den vorbereiteten Maßnahmen zählt auch der organisatorische Neuaufbau des Arbeitsvermittlungswesens, wie er in dem am 1. Oktober in Kraft getretenen Reichsarbeitsnachweisgesetz vorgegeben ist. Gegen die als zu bürokratische Gestaltung der Arbeitsnachweise und besonders gegen die Errichtung allzu zahlreicher leitender Stellen, die z. B. in Berlin beabsichtigt ist, ist in der Öffentlichkeit mit Recht entschieden Einspruch erhoben worden. Hoffentlich nicht ohne Erfolg.

Ein Gebiet, auf dem besonders noch viel getan werden muß, um Arbeitslose in einer für die Volksgesamtheit nutzbringenden Weise zu beschäftigen, ist das des Wohnungsbaues. Die Wohnungsbaubehörde muß selber von vornherein als ein Schlüssel angesehen werden, weil sie, wie so vieles andere, auch bei ihrer praktischen Auswirkung längst überholt war. Man wird also ihre Säge wesentlich erhöhen müssen. Die Baustoffpreise haben eine Höhe erreicht, die vielfach weit über die Herstellungskosten hinausgeht und daher als Wucher bezeichnet werden muß. Der zuständige Volkswohlfahrtsminister hat Maßnahmen dagegen in Aussicht gestellt und versprochen, daß in diesem Jahre wenigstens 30 000 neue Wohnungen erbaut werden sollen. So gering diese Zahl ist, so muß doch nach Lage der Dinge die Einhaltung dieses Programmes ein wenig bezweifelt werden. wenigstens innerhalb des bezeichneten Zeitraumes. Eine Aufhebung der Zwangsirtschaft im Wohnungswesen hat der Minister entschieden abgelehnt. Ebenso wie das Volkswohlfahrtsministerium hat auch das Reichsarbeitsministerium die Wahrung der Arbeitnehmerinteressen in den Vordergrund gestellt, indem es die Schiedsprüche, die den Bergarbeitern eine sehr erhebliche Lohnerhöhung zusprechen, für allgemein verbindlich erklärt, obwohl die Arbeitgeber sie energisch ablehnten. Es ging dabei wohl auch von dem Standpunkt aus, daß nur bei völlig ausreichender Entlohnung der Bergarbeiter die Erhöhung der Produktion durch Mehrarbeit, die für unsere Volkswirtschaft so unbedingt notwendig ist, erwartet und durchgeführt werden kann. Eine Folge der Lohnerhöhung ist freilich eine sehr erhebliche Rohlenpreissteigerung, die zusammen mit den Tarifsteigerungen der Eisenbahn eine weitere Verteuerung aller Waren herbeiführen wird. — Eine sehr geteilte Aufnahme fand der Beschluß des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, die Gehaltsgrenze für die Angestelltenversicherung ganz aufzuheben und so ziemlich alle Angestellten dem Versicherungszwange zu unterstellen. Die letzten Angestellten wollen von diesem Beschluß, der aus der Initiative der beiden Rechtsparteien hervorgegangen ist, durchaus nichts wissen und protestieren sehr lebhaft gegen ihre zwangsweise Einbeziehung in die Angestelltenversicherung.

Deutschland und das Reparationsproblem.

Die angelegene englische Zeitschrift „Manchester Guardian“ hat kürzlich eine Sondernummer herausgegeben, in der nur Politiker von europäischem Ruf zu Worte gekommen sind. Auf Veranlassung von Keynes hat auch Reichsminister a. D. Schiffer einen Beitrag geliefert. Wir geben daraus das Folgende wieder. Die Schriftleitung. Ueber die wirtschaftliche und finanzielle Seite der Reparationsfrage ist sich die Welt allmählich einig geworden. Alle Sachverständigen von Ruf, die in äußerer Unabhängigkeit und innerer Unbefangenheit zu ihr Stellung genommen haben, sind zu dem Ergebnis gelangt, daß das Problem auf der Grundlage des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatum

nicht lösbar ist. Sie sind einhellig überzeugt, daß, wenn man nicht den bisherigen Weg verläßt und sich dazu entschließt, Deutschland ein längeres Moratorium zu bewilligen, die kostspieligen Besetzungen aufzuheben, die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu lockern die Gesamtsumme der Reparationsforderungen herabzusetzen, die Zahlungsbedingungen zu ändern und die Voraussetzungen für eine internationale Anleihe zu schaffen — daß dann Deutschland wirtschaftlich und finanziell zusammenbrechen und die anderen Staaten mehr oder weniger in seinen Untergang hineingezogen müßten. Aber dieses Ergebnis ist bis jetzt nur theoretisch; alle praktischen Folgerungen aus ihm zu ziehen, ist noch immer, an dem Widerstand Frankreichs gescheitert.

Die politischen Gesichtspunkte, von denen sich Frankreich Deutschland gegenüber leiten läßt, sind teils durch Furcht und Sorge, teils durch Begierde und Herrschsucht diktiert. Frankreich fürchtet das Erstarken und die Rache Deutschlands, trauert seiner friedlichen Bestimmung nicht und hält es mit Poincaré für unnatürlich, daß ein besiegtes Volk den kriegerischen Geist aufbehalte; der Pazifismus der Schwachen ist verdächtig. Es beargwöhnt den durch die Paragraphen des Versailler Vertrages gescheiterten Simson, den deshalb nicht daran, auch nur irgend eine dieser Fesseln zu lockern und ist eifrig darauf bedacht, die Schere zu handhaben, um etwa aufsprießende Loden der Kraft zu beschneiden. Seine Selbstsicherung ist ihm wichtiger, als jeder wirtschaftliche und finanzielle Vorteil; lieber verzichtet man auf ihn, als daß man darauf verzichtet, Deutschland wirtschaftlich und finanziell schwach zu halten und allen destruktiven Konsequenzen einer dauernden und sich immer noch verstärkenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwäche auszuweichen. Aber darüber hinaus lockt der Gedanke der französischen Vorherrschaft, wenn nicht in der Welt, so doch in Europa. Die Fäden führen von Ludwig dem Vierzehnten über Napoleon zu Clemenceau und Poincaré. Der alte Streit um den Rhein, der mit der Erbchaft Karls des Großen begann und in der Erbchaft Karls des Kühnen seine Fortsetzung fand, soll nunmehr endgültig zu Gunsten Frankreichs ausgetragen werden. Der Versuch, nach der Knebelung Deutschlands auch Rußland, durch die von Frankreich ausgerüsteten und unterstützten Generale Denikin, Wrangel, Koltchak, Petljura und andere Condottiere militärisch Herr zu werden, mißlang freilich. Umso mehr ist es geboten, wenigstens Deutschland nicht wieder zu Kräften kommen zu lassen. Man hält den Westen besetzt; man agitiert für die Abspaltung der Rheinlande und damit für die Zerstörung der Reichseinheit; man unterfährt die neuen mitteleuropäischen Staaten, die einen eisernen Ring um Deutschland bilden sollen, man verlagert den Anschlag Oesterreichs, man verlegt und reizt durch Brutalitäten und Kränkungen das deutsche Ehrgefühl und man benutzt schließlich wiederum die Reparationsfrage zur neuen Bedrohung, zur ewigen Beunruhigung, zur dauernden Niederhaltung Deutschlands.

So ist das Bild, das man sich in Deutschland von der Situation macht. Es wirkt zugleich entmutigend und aufreizend. Was hilft alles heile und redliche Bemühen, soweit zu erfüllen, als es irgend möglich ist, wenn es dem andern Teil schließlich gar nicht um Erfüllung zu tun ist? Keynes hat in Hamburg eine Gefahr darin gesehen, wenn „Frankreich aus ganz anderen als wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zu dem Entschluß käme, daß chaotische Zustände in Deutschland ihm politisch von Vorteil wären;“ und er hat hinzugefügt, daß eine solche französische Einstellung nicht ganz von der Hand zu weisen sei. Das nun nicht Poincaré selbst nach Zeitungsberichten selbst gelagt, daß er gar nicht besonders erfreut sei, wenn Deutschland schließlich doch noch zahle, da Frankreich dann nicht mehr in der Lage sei, die Folgen der Nichtzahlung durch territoriale Fortschritte im Rheinlande herbeizuführen? Und ist es nicht ein entwürdigendes und erbitterndes Gaunerspiel, das man mit Deutschland treibt, wenn man scheinbar nur wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte verfolgt, in Wahrheit aber die Vernichtung um jeden Preis erstrebt? Wozu sich dann weiter bis auf's Blut anstrengen, innere Kämpfe und Unruhen ertragen, sich von allen Mitteln entblößen, sich immer widerstandsunfähiger zu machen? Das Beispiel Karthagos schreckt. Die christliche Erfüllungspolitik des Reichstags, dem deutschen Volke abgerungen, droht an dem Starrsinn Frankreichs zu scheitern, in ihrer Ergebnis und Ausichtslosigkeit zu versinken.

Nach der Niederlage bei Sedan reiste Thiers an die Höhe, um ein Eingreifen Europas zugunsten Frankreichs zu erreichen, aber „er fand Europa nicht“. Auch Deutschland blickt in der Welt umher, ob von außen ihm Hilfe und Erlösung zuteil werden kann. Von wem kommt der Retter diesem Lande?

Keynes über die deutschen Reparationsleistungen.

Gesamtleistung gleich 41 Milliarden Goldmark. Der Staatssekretär im Reichsfinanzamt Schröder hat vor kurzem eine ausführliche Denkschrift über die deutschen Reparationsleistungen ausgearbeitet und legte dies Schriftstück auch Professor Keynes vor. Dieser dokumentierte die Darstellung mit folgender Bemerkung: Die Tatsachen, welche Schröder aufzählt, sollten ausreichen, das Märchen zu zerstören, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand nichts tat, als zu versuchen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Schröder weist in seiner Denkschrift darauf hin, daß Deutschland schon seit dem 1. April 1921 bezahlte, wie Frankreich nach dem Kriege 1870/71. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Gesamtleistungen und die Absetzungen Deutschlands einschließlich des verlorenen Reichs- und Staatseigentums in dem verlorenen Teil Oberdeutschlands

einen Gesamtwert von nahezu 41 Milliarden Goldmark repräsentieren.

Deutsch-demokratischer Parteitag in Elberfeld.

Die demokratischen Richtlinien. In der großen Stadthalle zu Elberfeld nahm am Sonntag der vierte ordentliche Parteitag der Deutschen demokratischen Partei bei zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches mit einer Sitzung des Parteitagsschusses seinen Anfang. Die demokratische Reichstagsfraktion war sehr stark vertreten; auch alle demokratischen Fraktionen der Landtage der Länder hatten Vertretungen entsandt.

In dem Geschäftsbericht, den die Parteileitung vorlegte, wurden im wesentlichen folgende Richtlinien aufgestellt: Außenpolitische Unterstützung aller Bestrebungen auf Abbau der Friedensverträge unter möglichster Vermeidung jeder Katastrophenpolitik. Das Mittel zu dieser Politik war: Versuche Politik der Erfüllung. Der Sinn dieser Politik ist: Zeit gewinnen, bis im Auslande die Politik der Barmut und der klaren Tatsachen möglich wird. Innenpolitisch unbedingte Treue zum neuen republikanischen Staat. Wahrung staatsbürgerlicher Selbstverantwortung, aber auch staatsbürgerlicher Selbstbewusstseins in allen Volksschichten. Durchdringung der Selbstverwaltung mit treuem demokratischen und republikanischen Geiste. Rücksicht auf sich selbst steuernde Wirtschaft, verbunden mit wirtschaftlicher und sozialer Selbstverwaltung. Dabei müssen aus Gründen der politischen Sicherheit und Ruhe jene Bedingungen noch zeitweise aufrechterhalten werden, die zur Zeit noch nicht ohne schwere Erschütterungen beseitigt werden können (Getreideumlage, Reichsmietengesetz, Kohlenverteilung); eine gesunde Sozialpolitik, die den Folgen der Geldentwertung soweit als möglich entgegenwirkt.

Eine größere Rolle spielt auch auf dem Parteitage die Stellungnahme der Partei zur Frage einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Die meisten Anträge zu dieser Frage sind mit einer solchen Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei einverstanden unter der Voraussetzung, daß sie nicht zu einem Bürgerblock mit Einschluß der Deutschen nationalen sich auswidert. Der Frankfurter Parteibereich verlangt allerdings die strikte Ablehnung einer solchen Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Am Montag beginnen die eigentlichen Verhandlungen des Parteitages.

Rheinischer Volkstag in Elberfeld. Am Sonntag nachmittag fand in Elberfeld ein Rheinischer Volkstag statt, bei dem Redner aus Ost, West, Nord und Süd zu den Rheinländern sprachen. Die zu dem demokratischen Parteitag erschienenen demokratischen Parteiberechtigten beteiligten sich vollständig an dieser Kundgebung, die in einem machtvollen Treuegelübde zum deutschen Vaterlande ausklang. Am Abend fand eine Begrüßungsfesterei statt, wobei der demokratische Staatspräsident Tangen-Döbering die Hauptrede hielt.

Mordprozeß Rathenau.

Die zweite Woche des Rathenau-Prozesses begann im Reich der größten Nervosität und schärfster Bewachung an allen Türen. Bildausweise werden verlangt, die Juchherrschaft ist auf ein Drittel verringert. Man weiß bereits, daß die Erkrankung der Angeklagten durch einen nun tatsächlich nachgewiesenen Vergiftungsversuch verursacht ist. Der nicht in Haft befindliche Angeklagte Bohm erzählt, daß ihm am Sonntag in Berlin von zwei Herren v. Madensen für seine Aussagen gleichfalls der Tod versprochen ist. Hunderte von Gerüchten schwirren durch den Saal.

Der Angeklagte Gantner, dem das Verhör galt — auch dafür war eine Befestigung aus der öffentlichen Erklärung des Präsidenten Hagens herauszugeben —, stand gestern im Mittelpunkt der Vormittagsitzung. Seine krankhafte Seele wurde gezeichnet von einem Schulkameraden und von einem Sachverständigen, der ihn einen Psychopathen von vermindelter Zurechnungsfähigkeit nannte. Die Geschichte des Gantner ist oft komisch und bringt den Saal wiederholt zum Lachen, aber zuletzt ist diese Lächerlichkeit mit ein Teil des Raubes in der Maschine phantastischer politischer Wildheit, schwungvoller Kriegserzählungen usw., der plumpen Wackelwerke, die Rathenau tötete.

Dann wird Barnes wieder krank, das Gift wirkt noch immer in dem jungen Körper — es ist kein Zweifel, hätte Gantner seine Schachtel Bonbons allein gegessen, er hätte sicher daran glauben müssen, — es muß eine Waise gemacht werden. Man wird Dillissen vorgrausen zur Fortsetzung

Wahlen
Hand-
überfern
gleichzeitig
ein Richt-
abnahme
wertes
mmen-
laufen-
neben
RL. be-
steuer-
in Höhe
lichten
men die
fähig be-
ind beim
rechen-
bei der
ntommen
nunmehr
gestellt
ablungen
ablungen
von der
bege des
rt wird.
ung, von
u leisten.
rausicht-
ommen in
ablungen
1921 auf
II (Can.)
EN
KA
EN
omen-
mit
Aner-
unter-
egung
lassen
k-
ng
durch
HER
D.
N.
angen
hr. 41 j
b. 108.
s
den
ellen und
blischen
ischen Co-
rd-
-Seife
Radabund
a. Radlin.
o. Nachf.
rt Simon.
h. Markt.
fe
uswahl
uger
rik, nur
ettinplatz